Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, — zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 6, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlener Straße 6.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Königgrätzer Straße 116.
Fernsprecher Amt VI Nr. 8303.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 628. **Mittwoch** den 10. Dezember 1902. **96. Jahrgang.**

Politische Tagesschau.

* Leipzig, 10. Dezember.

Tu l'as voulu, George Dandin!

Der Reichstag hat gestern den Antrag Gröber auf Abänderung der Geschäftsordnung dahin, daß künftig das Wort zur Geschäftsordnung nur nach freiem Ermessen des Präsidenten erteilt werden darf und Bemerkungen zur Geschäftsordnung die Dauer von fünf Minuten nicht überschreiten dürfen, mit 206 gegen 92 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen angenommen und dann unter der sofort in Kraft getretenen neuen Bestimmung die zweite Lesung des Zolltarifgesetzes fortgesetzt. Der Antrag Gröber hat also weniger Stimmen als Unterschriften erhalten, was aber lediglich darauf zurückzuführen sein dürfte, daß der Abg. Liebermann von Sonnenberg, der mit seinen Gesinnungsgenossen den Antrag gleichfalls unterzeichnet hatte, durch die Annahme eines Antrags auf Schluß der Debatte von der Begründung dieser Unterzeichnung abgehalten wurde und deshalb mit seinen Freunden gegen den Antrag stimmen zu müssen erklärte. Das ist bedauerlich. Man hätte, nachdem schon so viel Zeit vergeudet worden war, wohl noch einige Minuten mit der Schließung der Debatte warten können, um den Abg. Liebermann von Sonnenberg sprechen zu lassen; die kleine Zeitversäumnis wäre aufgewogen worden durch eine Reihe von Stimmen mehr für den Antrag Gröber. Freilich wird von den Antragstellern auf Schluß der Debatte keiner geahnt haben, daß er durch diese Handlung Herrn Liebermann v. Sonnenberg aus einem Freunde in einen Gegner des Antrags Gröber umwandeln würde. Bedauerlich ist es auch, daß der Abg. Richter sich trotz seiner Gegnerschaft gegen die Obstruktion nicht für den Antrag Gröber erwärmen konnte. Vielleicht wäre dies geschehen, wenn der Antrag eine etwas andere Fassung hätte erhalten können. Ein brauchbarer Abänderungsantrag lag aber nicht vor; denn der des Abg. v. Schele-Wunstorf, daß wegen der Wortverteilung zur Geschäftsordnung das Haus befragt werden und die Rededauer „unter Umständen" mit Genehmigung des Präsidenten fünf Minuten überschreiten dürfe, war keine Verbesserung. Objektiver als das Haus wird der Präsident in den meisten Fällen entscheiden und die Beschränkung auf fünf Minuten berührt Majorität und Minorität gleichmäßig, während die Macht des Präsidenten, „unter Umständen" die Rededauer über fünf Minuten auszudehnen, wenigstens Anlaß zur Bezweifelung der Objektivität des Präsidenten gibt. So erhielt also der Antrag Gröber eine immerhin sehr erhebliche Majorität, wenn diese auch etwas geringer war, als sie wohl hätte sein können. Die Minderheit protestierte zwar, aber in auffällig zahmer Weise. Die Parteigenossen des Herrn Singer waren sich zu gut bewußt, daß sie den Antrag herbeigeführt, getobt und gepöbelt und seine Annahme erzwungen haben. Für das Präsidium erwächst nun aber auch die Pflicht, in der Handhabung der Geschäftsordnung jene Sicherheit und Sicherheit zu bringen, die in der letzten Zeit öfter vermißt worden ist. Gestern mußte sogar der Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses v. Krücher feststellen, daß Graf Stolberg die Geschäftsordnung anders handhabe, als die Herren Graf Ballestrem und Büsing. Gerade in so stürmischen Zeiten muß eine solche Ungleichheit erregend wirken. Auch darauf wird man Bedacht haben müssen, die Anzählung der Stimmen bei namentlichen Abstimmungen vor großen Irrtümern zu sichern. Gestern versagte die lex Kichbichler mehr als je, denn unmittelbar nach der Abstimmung über den Antrag Gröber zählten die Schriftführer 176 bejahende, 125 verneinende Stimmen und 6 Stimmenthaltungen, mußten später aber das schon mitgeteilte Resultat feststellen, das der Minorität eine bittere Enttäuschung brachte. Freilich mußte die radikale Linke auch bei dieser Enttäuschung sich sagen: „Tu l'as voulu, George Dandin".

Irreführung des Auslandes.

Der Wiener „Politischen Korrespondenz" geht von Berlin eine Darlegung über den Stand der deutschen Zolltariffrage zu, die den Korrespondenzen großer Wiener und ungarischer Blätter in Berlin in die Werkstatt leuchtet. In der Auslassung heißt es:

Die Tatsache, daß hervorragende Organe im Auslande vorwiegend von freisinnigen oder sozialdemokratischen Korrespondenten bedient zu werden pflegen, trägt nicht dazu bei, die Berichterstattung über den gegenwärtigen Stand der Zolltariffrage und deren Aussichten auf parlamentarische Erledigung einwandfrei und der Wahrheit gemäß vorgenommen zu sehen. An bösen Willen braucht man dabei gar nicht zu denken, es genügt, zur Erklärung dieser das Ausland vielleicht noch mehr als deutsche Interessen schädigenden Erscheinung darauf hinzuweisen, wie gerade die Anhänger der radikalen Parteien nicht selten geneigt sind, bei Abwägung von zukünftigen Möglichkeiten dasjenige für wirklich zu halten, was ihren Wünschen entspricht. Derartige Berichterstatter bemühen sich jetzt, den von ihnen vertretenen Blättern den Glauben beizubringen, der Antrag Kardorff habe nicht bloß Bedenken unter dem Gesichtspunkt der parlamentarischen Geschäftsordnung gegen sich, sondern werde nach sachlich von den Industriellen als eine drückende Belastung empfunden und daher von ihnen energisch bekämpft. Es würde denjenigen, die Derartiges behaupten, gewiß sehr schwer fallen, irgendwelche Beweismittel zur Erhärtung ihrer Ansichten herbeizuschaffen. Alle Welt weiß, daß die industriellen Kreise von vornherein jede Zollgesetzgebung willkommen geheißen haben, welche ihnen eine Fortdauer des gegenwärtigen Schutzzollsystems unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung langfristiger Handelsverträge in Aussicht stellt. Es läuft also direkt auf eine Irreführung der öffentlichen Meinung hinaus, wenn jetzt Parteipolitiker versuchen, im Auslande den Anschein zu erwecken, als lägen die Schwierigkeiten, welche der Antrag Kardorff zu überwinden habe, nicht bloß auf parlamentarischem Gebiete, sondern auch in dem Interessenkreise der interessierten Kreise.

Die Ueberzeugung ist allgemein, so schließt die Auslassung, daß es der im Reichstage zusammengeschlossenen Mehrheit bald gelingen werde, die Beschlußfassung über den Antrag Kardorff und in weiterer Folge über den ganzen Zolltarif so herbeizuführen, wie sie dem Kompromisse zwischen der Regierung und den Parteien entspricht.

Die „neutralen" Gewerkschaftler über Krupp.

Für die sogenannte Neutralität der sozialdemokratischen Gewerkschaften ist die Art und Weise kennzeichnend, wie das Organ dieser Gewerkschaften den verstorbenen Industriellen Krupp als Arbeitgeber würdigt. Das Gewerkschaftsorgan unterscheidet sich dabei schlechthin in nichts von der sozialdemokratischen Parteipresse. Nur einige Proben seien zum Beweise hierfür aus dem Artikel des Gewerkschaftsorgans, der den charakteristischen Titel „Fabrikfeudalismus und Wohlfahrtszauber" trägt, herausgegriffen.

„Sein ganzes Verdienst war", so schreibt das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften, „der Sohn seines Vaters zu sein, seine ganze Arbeit, einen Teil der ihm mühelos zufließenden Millionen auf mehr oder weniger generöse Weise unter die Leute zu bringen. . . Als Eigentümer war er nichts als Zehrer am Ertrage der Arbeit, — ein persönlich völlig überflüssiges und daher entbehrliches Glied der Gesellschaft . . . Krupp selbst ist es, der mehr als irgend einer Wohltaten empfing, Wohltaten von mehr als 40 000 Arbeitern, denen es oft selbst am Notwendigsten fehlte. Jedes was die Arbeiter ihm gaben, geschah wohl nicht aus freiem Herzen, sondern unter dem Zwange der gegenwärtigen Eigentums- und Wirtschaftsordnung, die den Armen zwingt, dem Kapitalisten Mehr-Wert zuzuschanzen".

Das Vorstehende genügt, um die „neutrale" Stellung des Gewerkschaftsorgans gegenüber Krupp erkennen zu lassen. Die Kritik, die dasselbe Organ an den Kruppschen Wohlfahrtseinrichtungen im einzelnen übt, verdient wenigstens in den Hauptpunkten ein Wort der Zurückweisung. Das Gewerkschaftsorgan findet es unbegreiflich, wie man den „Hausbesitzer en gros Krupp" als Arbeiter-Wohltäter feiern könne. Daß Krupp Schulen, Kirchen, Bäder, Krankenhäuser usw. errichtete, wird als selbstverständlich mit der Wendung abgetan:

„Wer Tausende von Arbeitern als Mietsherr zusammenpfercht, der muß auch für die sozialen Voraussetzungen solcher Menschenansammlung Sorge tragen."

Muß? Es gibt doch recht viele „Mietsherren", denen die Sozialdemokratie die Unterlassung dessen, was der „Mietsherr" Krupp tat, zum bitteren Vorwurf macht. Und es gibt sehr viele „Hausbesitzer en gros", die von der Sozialdemokratie als „Hausagrarier" aufs heftigste angegriffen werden, weil sie sich zu hohe Mieten zahlen lassen. Wie es im Gegensatze hierzu mit der Verzinsung des Anlagekapitals steht, das Krupp in seine Arbeiterwohnungen hineingesteckt hat, darüber gibt die sozialpolitische Reisekizze Dr. W. Kleys „Bei Krupp" (Leipzig 1899, Duncker & Humblot) Aufschluß. Dem genannten Autor zufolge hatte die Kruppsche Wohnungsverwaltung bereits am 1. Juli 1891 für 3659 Mietswohnungen ein Anlagekapital von 12 256 075 ℳ gebucht; daraus ergab sich eine Mietseinnahme von 256 347 ℳ, mithin eine Verzinsung von etwa 2,1 Proz. des Anlagekapitals, also ein Zinsfuß, der hinter dem landesüblichen beträchtlich zurückbleibt und sehr weit zurückbleibt hinter der Rente, die ein Hausbesitzer zu beziehen pflegt. Bei den Wohnungen der auswärtigen Wohnungen Krupps stellt sich die Verzinsung des Anlagekapitals um etwa ½ Proz höher. Das Gewerkschaftsorgan behauptet ferner, Krupps Konsumanstalten seien für die Arbeiter ebensowenig eine Wohltat, wie man die Warenhäuser und Tietz als Warenhausbesitzer Wohltäter der Großstädte nennen könne. Dabei wird einfach übersehen, daß der Gewinn der Konsumanstalten, nach Abzug einer an die Wohltätigkeitsinstitute abzuführenden Summe, im Betrage von 5—7 Proz des Verkaufspreises den Arbeitern zufällt. Das Gewerkschaftsorgan wendet betreffs der Konsumanstalten noch ein, ihre Gründung habe lediglich dem Entstehen von eigenen Konsumvereinen der Arbeiter vorgegriffen. Hierbei ist vergessen, daß Krupp, als im Jahre 1868 der kurz vorher gegründete Essener Konsumverein, dessen Mitglieder größtenteils Kruppsche Arbeiter waren, in Zahlungsschwierigkeiten geriet, sämtliche Verbindlichkeiten dieses Vereins übernahm und ihn als Konsumanstalt weiterführte. (Vergl. Kley „Bei Krupp" S. 99 f.) Von Krupps Pensionskasse endlich behauptet das Gewerkschaftsorgan, daß sie viel zu wenig den Angestellten zu gute komme, da die Zahl der Entlassenen sehr erheblich sei. In dieser Beziehung ist den von Kley veröffentlichten Tabellen zu entnehmen, daß in der Zeit von 1885—1897 unter den Kruppschen Arbeitern Pensionsempfänger waren: 5805 Männer, 5514 Witwen, 713 Waisen und 388 Teilpensionäre; an alle diese Pensionsempfänger wurden in dem genannten Zeitraume 4 460 432 ℳ ausbezahlt. Solche Leistungen sind unter allen Umständen der höchsten Anerkennung wert. Die Bestimmung freilich, daß die von den Arbeitern zur Pensionskasse gezahlten Beiträge bei ihrer Entlassung in vollem Umfange der Kasse verbleiben, sollte unseres Erachtens abgeändert werden. Die volle Rückzahlung der geleisteten Beiträge ist aus versicherungstechnischen Gründen unmöglich; ein bestimmter Prozentsatz davon sollte jedoch den entlassenen Arbeitern aus Billigkeitsgründen zurückerstattet werden.

Zur Lage bei Venezuela.

Die derzeitige Phase der Lage bei Venezuela bildet mit der Ueberreichung des deutschen und englischen Ultimatums in Caracas und mit dem Eintreffen der „Vineta", des „Panther", der „Gazelle" und des englischen Kreuzers „Indefatigable" bei La Guayra nur den Beginn der Entwickelung der dortigen Vorgänge, und es scheint verständlich, daß Kommodore Scheder auf der „Vineta", als vor La Guayra bereits an der Spitze eines Geschwaders stehend, zunächst die Leitung der Maßregeln übernimmt. Ob hier, wie bei der China-Expedition, nach dem Eintreffen des englischen Geschwaders ein gemeinsamer Oberbefehl vereinbart wird, muß unter den obwaltenden anderen Verhältnissen dahingestellt bleiben. Jedenfalls würde er dem rangältesten kommandierenden Offizier, gleichviel welcher Nation derselbe angehört, zustehen. Durch das Hinzutreten der „Ariadne" und „Tribune", nicht „Colombine", wie es irrtümlich hieß, die, wie jetzt gemeldet wird, am 7. d. Mts. von den Bermudas-Inseln nach Trinidad in See gingen, und durch dasjenige des „Indefatigable", gewinnt allerdings das britische Geschwader, wie bereits von uns berichtet, die sehr bedeutende Ueberlegenheit an Deplacement von etwa 13 500 Tonnen über das unsrige. Allein diese Ueberlegenheit ist an Schiffszahl, Bemannung und namentlich Geschützzahl doch keine so bedeutende, wie sie von englischer Seite hingestellt wird, denn sie beträgt beispielsweise an Geschützen nur 16. Allerdings ist es möglich, daß unsere beiden Schulschiffe bis auf weiteres nicht zu dem Gros des Geschwaders herangezogen werden. Die beiden englischen Kreuzer „Ariadne" und „Tribune" sind, wie von Port of Spain gemeldet wird, bereits von Trinidad nach Willemstadt auf Curaçao abgegangen, wo der Rest unseres Geschwaders bis auf weiteres Befehl ankert. Im Laufe dieses Monats wird übrigens bekanntlich auch ein beträchtliches amerikanisches Geschwader im Antillenmeer auftreten, welches dort zu den ersten größeren Manövern der amerikanischen Flotte unter den Admiralen Higginson und

Feuilleton.

9]

Der Untersuchungsrichter.

Roman von Heinrich Kornfeld.

Nachdruck verboten.

„Aus einem bedeutungslosen Vorfall?"

„Nun ja. Dieser Fremde, von dem der Zeitungsjunge berichtete, ist eben einer der Freunde des Herrn Assessors gewesen, der einen Besuch abgestattet hatte. Daran ist doch nichts Außergewöhnliches."

„Aber die Eile, mit der der Fremde das Haus verlassen hat!"

Der Protokollführer zuckte mit den Achseln. Seine Wangen hatten sich gerötet vor Eifer und seine Augen blitzten vor Genugtuung, daß sein Vorgesetzter sich mit ihm in einen Meinungsaustausch einließ.

„Von der Eile wird wohl ein gutes Teil auf die Phantasie des Knaben zu verrechnen sein", sagte er geringschätzig. „Der Junge kommt sich mit seiner Aussage natürlich sehr wichtig vor. Seine aufgeregte Phantasie gefällt sich darin, in dem Fremden, der ihm im Hausflur begegnet ist, den mutmaßlichen Mörder zu sehen. Damit kann er nun so schön vor seinen Schulfreunden renommieren. Ich bin überzeugt, wenn der Herr Landrichter die Probe machen, die interessante Begegnung würde sich in sehr harmloser Weise aufklären."

„Sie meinen, wenn man der fremden Persönlichkeit nachspürte?"

„Ja. Vielleicht durch einen öffentlichen Aufruf."

„Gewiß! Das ist selbstverständlich meine Pflicht."

„Ich bin überzeugt, irgend einer der näheren Bekannten des Ermordeten wird sich melden und mit dem Zufluchtsmittel Schwielinskis, seine Tat auf einen mysteriösen Unbekannten abzuwälzen, ist es nichts."

Der Untersuchungsrichter legte seine Stirn in Falten.

„Sie sind also von der Schuld Schwielinskis überzeugt?"

„Fest überzeugt, Herr Landrichter. Das scheint mir doch die naheliegende und natürliche Erklärung des sonst ganz unverständlichen Mordes. Da klappt alles wunderschön. Schwielinski ist ein notorischer Vagabund. Zuerst bestiehlt er roh und schamlos seine arme alte Mutter, dann in seinem Aerger, nicht Geld genug gefunden zu haben, geht er nach vorn in das Zimmer des Herrn Assessors und stellt diesen womöglich frech und grob zur Rede, weil er ihm die Wohnung verwiesen hatte. Daraus entspinnt sich dann ein Streit, in dessen Verlauf der Spitzbube sein Opfer erschießt, natürlich mit der Absicht, den Ermordeten auch zu berauben. Aber die Rückkehr der Mutter hindert ihn daran."

Der Untersuchungsrichter stand aufgeregt von seinem Stuhl auf und ging nachdenklich in dem großen, hohen Gemach auf und ab.

„Da stimmt so manches noch nicht", wandte er ein.

„Die eigene Mutter hat ihn doch selbst für den Mörder gehalten, Herr Landrichter."

„Im ersten Schreck. Dann ist sie aber von dieser Ansicht zurückgekommen."

Der Protokollführer lächelte.

„Natürlich. Weil sie doch als Mutter den Wunsch hat, ihren Sohn vor dem Schaffot zu retten. Aber der erste unmittelbare Gedanke war doch der: Er ist's gewesen! . . . Und was die unaufgeklärten Punkte betrifft, die wird die weitere Untersuchung schon noch aufklären."

„Wir werden sehen."

Der Untersuchungsrichter kehrte zu seinem Platz zurück, sah die Aufzeichnungen des Protokollführers durch, verbesserte sie und machte ein paar Zusätze. Dann verließ er Zimmer und Gerichtsgebäude, um sich zum Mittagessen zu begeben.

Zu Hause fand er einen inzwischen angekommenen Brief vor. Frau Amtsrichter Kempin schrieb ihm und erkundigte sich in den Ausdrücken freundschaftlichster Anteilnahme nach seinem Befinden. Die Tatsache, daß er ganz gegen seine sonstige Gewohnheit sie schon drei Tage lang nicht mit seinem Besuch erfreut habe, beunruhige sie sehr. Auch der kleine Walter habe schon wiederholt nach „Onkel Deinhard" gefragt. Sie hoffe doch, daß er heute seine Tasse Kaffee wie üblich bei ihr trinken werde.

Herbert Deinhard ließ sich schwer auf einen Stuhl sinken und starrte lange auf den Brief. Ein warmes Gefühl quoll in ihm auf und das Verlangen, aufzuspringen und zu der Briefschreiberin zu eilen, um in ihrer Nähe, in dem anregenden Gespräch mit ihr alles zu vergessen, was ihn quälte und marterte, glühte ihm in allen Adern. Aber stöhnend schlug er seine Hände vor das Gesicht, ohne dem Antrieb zu folgen. Es war etwas in ihm, das sich gegen den Gedanken auflehnte, der geliebten Frau die Hand zu drücken, ihren Blicken zu begegnen und ihren Knaben an sein Herz zu drücken und zu küssen.

Und so blieb er sitzen, das Gesicht in den Händen vergraben, seinen düsteren Gedanken hingegeben. Plötzlich machte er eine auffahrende Bewegung und blickte verstört um sich. Was war das? Hatte er nicht plötzlich etwas gehört, das wie ein Schluchzen klang?

Mit einem Sprung war er auf seinen Füßen und eilig zu den beiden Türen hin, von denen eine nach dem Flur, die andere in das Zimmer seines Bruders führte. Rasch drehte er die Riegel herum, dann warf er sich aufatmend auf das Sofa und grübelte vor sich hin . . .

Wäre Leutnant Paul Deinhard nicht so ganz in seinem jungen Liebesglück aufgegangen, die auffällige Veränderung, die mit seinem Bruder vorgegangen war, hätte ihn beunruhigen müssen. Der Landrichter wurde von Tag zu Tag blasser, stiller, in sich gekehrter. Auch seine Haltung hatte sich geändert. Er fing an, leicht vornübergeneigt zu gehen, das Gesicht zu Boden gekehrt, als scheute er sich, den Blicken der Menschen zu begegnen. Wenn er sich nicht in seinem Amtszimmer aufhielt, saß er zu Hause. Seinen Besuch des juristischen und Offiziers-Stammtisches im „Hotel zum Kurfürst" hatte er ganz aufgegeben. Stellte ihn gelegentlich einer seiner Kollegen zur Rede, so entschuldigte er sich, daß er sich nicht wohl fühle, worauf dann gewöhnlich die Antwort folgte: „Ja, ja, das sieht man Ihnen an. Sie überarbeiten sich, Kollege!"

Mancher neckte den sich von allem Vergnügen und allem Umgang Zurückziehenden mit seinem Ehrgeiz.

„Der Fall Wrede läßt Sie nicht ruhen. Sie wollen sich wohl die Sporen als Untersuchungsrichter verdienen?"

Eines Abends kam Paul Deinhard etwas früher als sonst nach Hause. Er fand den Bruder noch bei der Arbeit.

„Ich soll dir schöne Grüße bestellen", sagte der junge Offizier. „Der Staatsanwalt und seine Gattin lassen dich bitten, doch einmal des Abends zu kommen. Auch meine Braut wundert sich, daß du dich gar nicht einmal sehen läßt."

„Ihr müßt mich schon entschuldigen", erwiderte Herbert Deinhard. „Ich bin mit Arbeit überhäuft."

„Mit der Affäre Wrede? Sage mal, die Untersuchung geht ja wohl flott vorwärts?"

„Nicht so recht. Es ist ja eine Spur da —"

„Ja. Mein Schwiegervater erzählte mir schon davon. Es soll ein übelberüchtigtes Subjekt sein, ein Spitzbube und Halunke. Der Staatsanwalt meint, der wäre aller Wahrscheinlichkeit nach der Täter."

„Davon bin ich noch gar nicht überzeugt. Im Gegenteil! Ich halte den Menschen für unschuldig."

Der Leutnant sah überrascht zu seinem Bruder hinüber, der noch immer an seinem Schreibtisch saß und sich tief über das vor ihm liegende Aktenstück gebeugt hatte.

„Sieh mal", äußerte er interessiert. „Und der Staatsanwalt meinte doch — na, du mußt das schließlich besser beurteilen können, denn in deiner Hand sind die Fäden der Untersuchung. Aber dann ist doch der arme Kerl zu bedauern, der sitzt nun wochen- und monatelang in Untersuchung, seiner Freiheit beraubt, und schließlich ist er's gar nicht gewesen. Das ist doch hart!"

Der Untersuchungsrichter antwortete nicht gleich. Hätte Paul Deinhard ihm nicht in diesem Augenblick gerade den Rücken zugekehrt, um sich eine Cigarre anzuzünden, so hätte er bemerken müssen, wie sein Bruder zusammenzuckte. Aber gleich darauf drehte sich der Untersuchungsrichter herum; auf seinen Wangen brannte helle Glut.

„Ihm geschieht kein Unrecht", entgegnete er eifrig. „Denn der Mensch hat allerlei auf dem Kerbholz und hat die Haft wohl verdient. Er hat seine Mutter bestohlen mittels eines Einbruchs. Auch den Assessor hat er aller Wahrscheinlichkeit nach bestohlen. Seiner Bestrafung wird er nicht entgehen. Dann wird ihm die Untersuchungshaft angerechnet. Er hat gar kein Recht, sich zu beklagen. Er ist ein Lump, ein moralisch verkommener Mensch."

„So — so!" Der Leutnant verwunderte sich im geheimen über die Heftigkeit seines Bruders. Er schien wirklich merkwürdig nervös. Im stillen nahm er sich vor, sich künftig mehr um ihn zu bekümmern und sich zu bemühen, ihm mehr seiner Arbeit zu entziehen und mit in Gesellschaft zu nehmen.

Elftes Kapitel.

Die in der Stadt erscheinenden Zeitungen veröffentlichten eine Aufforderung von dem Untersuchungsrichter an alle Freunde und Bekannte des ermordeten Regierungsassessors Wrede zur Aufklärung des Mordes, soweit sie dazu im stande wären, beizutragen. Hiernach wurde bekannt gegeben, daß nach Aussagen eines Zeitungsjungen ein unbekannter Herr in dunklem Ueberzieher und mit hohem Seidenhut am Abend des Mordtages kurz nach halb sieben Uhr die Wohnung des Assessors verlassen habe. Der betreffende Herr und alle, welche zu diesem Punkte Aussagen machen könnten, seien ersucht, sich bei dem Untersuchungsrichter zu melden.

Das einzige Resultat dieser Kundgebung war, daß die